

POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLEN, CHINA UND DIE NEUE SEIDENSTRASSE

■ ANALYSE	
Polen und die Neue Seidenstraße	2
Paweł Behrendt, Instytut Boyma, Warschau	
■ KARTE	
Der Verlauf der Neuen Seidenstraße	9
■ STATISTIK	
Polens Außenhandel	10
■ UMFRAGE	
Sympathie und Antipathie gegenüber ausgewählten Nationen	12
■ DOKUMENTATION	
II. Sitzung des Polnisch-Chinesischen Gemeinsamen Regierungskomitees	13
■ CHRONIK	
3. – 16. September 2019	15

Polen und die Neue Seidenstraße

Paweł Behrendt, Instytut Boyma, Warschau

Zusammenfassung

Ausdruck der wachsenden Rolle Chinas in der Welt ist die politisch wie wirtschaftlich motivierte Strategie der »Neuen Seidenstraße«. Sie beabsichtigt die Festigung des chinesischen Einflusses sowohl in Hochtechnologie- als auch in zahlreichen Schwellenländern auf allen Kontinenten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Europäischen Union und hier vor allem den dazugehörigen Ländern Ostmitteleuropas, darunter Polen. Warschau erhoffte sich zunächst von der Initiative mehr wirtschaftliches Engagement Pekings im Lande selbst (Investitionen z. B. in Infrastrukturprojekte), um einer aus dem Gleichgewicht geratenen Handelsbilanz entgegen zu treten. Allerdings kann Polen politische Aspekte, darunter eigene Sicherheitsinteressen (u. a. die Nähe Pekings und Moskaus) und eine enge Zusammenarbeit mit den sich im Wirtschaftskrieg mit China befindenden USA, nicht außer Acht lassen. Auch Peking weiß nicht recht, wohin die Reise geht, von einer rasanten Exportzunahme nach Polen einmal abgesehen. So bleiben als vorläufiges Fazit nur enttäuschte Hoffnungen.

Das chinesische Megaprojekt *Belt and Road Initiative (BRI)*, auch bekannt als Neue Seidenstraße, weckt zunehmend Interesse und ruft immer mehr Emotionen in der ganzen Welt hervor. Infolgedessen wird, auch in Deutschland, der Rolle und der Position Polens in den ambitionierten Plänen Chinas mehr und mehr Aufmerksamkeit zuteil.

Die Neue Seidenstraße ist nicht nur ein Wirtschaftsprojekt. Von Anfang an wurden auch die geopolitischen Interessen und Ambitionen der Volksrepublik China berücksichtigt. Gemäß der Weisheit, »wenn Du den Fluss überquerst, tritt auf die Steine«, passt China seine Pläne an die sich dynamisch verändernde Umgebung an. Inzwischen hat sich die *BRI* in ein Allzweckmittel der chinesischen Außenpolitik verwandelt und soll nach den Verlautbarungen aus Peking u. a. ein Format der internationalen Sicherheit und gar das »gemeinsame Schicksal« der beteiligten Staaten sein.

Allein die wirtschaftlich-infrastrukturelle Seite der Neuen Seidenstraße setzt sich aus mehreren miteinander verbundenen, aber unabhängig voneinander umgesetzten Projekten zusammen (vgl. Karte auf S. 9). Dies sind die so genannten Wirtschaftskorridore (*economic corridor – EC*), die Länder und Regionen verbinden, und zwar: China – Mongolei – Russland (*CMREC*), China – Zentralasien – Westasien (*CCAWAEC*), die Neue Eurasische Landbrücke nach Europa (*NELBEC*), China – Pakistan (*CPEC*), China – Indochinesische Halbinsel (*CICPEC*) sowie der die beiden Letzteren verbindende Korridor Bangladesch – China – Indien – Myanmar (*BCIMEC*). Zu den sechs Landkorridoren kommen drei Meeresverbindungen, die in den chinesischen Dokumenten als »azurblaue Wirtschaftskorridore« bezeichnet werden. Der erste und wichtigste soll durch das Südchinesische Meer, den Indischen Ozean und das Mittelmeer China mit Europa und Afrika verbinden. Er wird auch

drei Wirtschaftskorridore aus Südasien (*CPEC*, *CICPEC* und *BCIMEC*) zusammenbringen. Die Hauptinvestitionen sind hier die Häfen Hambantota in Sri Lanka, Gwadar in Pakistan und Piräus in Griechenland. Dieser wichtigste der »azurblauen Wirtschaftskorridore« wird auch häufig Maritime Seidenstraßen genannt. In Europa wurde ihm im Frühjahr dieses Jahres größere Aufmerksamkeit zuteil, als Italien erklärte, der *BRI* beizutreten, und die chinesischen Pläne publik wurden, in die Häfen von Triest, Genua und Palermo zu investieren.

Der zweite Meereskorridor soll China mit Australien und Ozeanien zusammenführen. Der dritte vorgeschlagene »azurblaue Wirtschaftskorridor« soll von China über die Arktis nach Europa führen. China stößt hier allerdings auf eine scharfe Konkurrenz. Den Bau einer Arktischen Seidenstraße planen auch Finnland und Norwegen, aber auch ostasiatische Staaten mit Japan an der Spitze. Alle stimmen einer Zusammenarbeit mit China zu, aber je zu den eigenen Bedingungen. Der wichtigste Staat des arktischen Korridors ist allerdings Russland, und dies hat auch die besten Karten in der Hand. Hinzu kommt, dass Moskau – entgegen der beiderseitigen Erklärungen – China nur sehr ungern in die Arktis lassen will. Erst dieses Jahr auf dem Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg wurde eine Vereinbarung über die gemeinsame Erdgasgewinnung und -transport unterzeichnet. Auf derselben Veranstaltung verkündete Xi Jinping den Beitritt Russlands zur *Belt and Road Initiative*, was vom Kreml jedoch in keinerlei Weise kommentiert wurde.

Deutlich wird bereits, dass die *Belt and Road Initiative* ein sehr vielschichtiges Projekt ist. Hinzu kommen noch weitere Projekte, die von China ausgehen. Mit Blick auf Polen ist das Wichtigste das Projekt 16+1, das nach dem Beitritt Griechenlands im Frühjahr dieses Jahres umbenannt wurde in 17+1. Neben China gehören

Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Montenegro, Polen, die Republik Nordmazedonien, Rumänien, Serbien, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn dazu. In diesem Format kommt Polen theoretisch die größte Bedeutung zu und hat am meisten zu gewinnen. Gleichzeitig ruft es die größten Befürchtungen in Westeuropa hervor.

Einige Bemerkungen zu den polnisch-chinesischen Beziehungen

Als eine der ersten erkannte die Volksrepublik Polen die Volksrepublik China an und nahm bereits im Oktober 1949 diplomatische Beziehungen zu ihr auf. Trotz des späteren Konfliktes zwischen China und der Sowjetunion blieben die polnisch-chinesischen Beziehungen bis zum Fall des Eisernen Vorhanges eng. Am intensivsten waren sie im kulturellen Bereich, wenngleich dies eine ziemlich einseitige Beziehung war, die auf dem großen Interesse an der polnischen Kultur in China basierte. Das Standardbeispiel ist hier die Musik Frédéric Chopins, doch auch das polnische Kino mit den Filmen von Andrzej Wajda an der Spitze fand zahlreiche Liebhaber. Ein großes Verdienst an der Pflege der guten Beziehungen hatte Mao Zedong, der den Polen besondere Sympathie entgegen brachte. Trotz Einschränkungen hatten die polnisch-chinesischen Beziehungen auch Einfluss auf die große Politik: Ein Teil der US-amerikanisch-chinesischen Gespräche, die dem Besuch des US-Präsidenten Richard Nixon in Peking vorausgingen, wurde in Warschau geführt.

Der Wendepunkt trat am 4. Juni 1989 ein. An diesem Tag fanden in Polen die halbfreien Wahlen statt, während es in China zu dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz in Peking kam. Einem Teil der öffentlichen Meinung in Polen gab dies ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber China. Die folgenden zwei Jahrzehnte lassen sich als verlorene Jahre bezeichnen. Der Zusammenbruch des so genannten Ostblocks und der Machtverlust der Kommunisten führten dazu, dass viele bisherige Verbindungen gekappt wurden. Polen war mit der Transformation befasst und schlug entschieden eine prowestliche Richtung ein, da es nach schnellstmöglicher Integration in die westlichen Strukturen, dem Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO strebte. Insofern war die Faszination für die Reformen in China und seine größere Öffnung gegenüber der Welt bei polnischen Politiker, Unternehmen und in der öffentlichen Meinung nur marginal.

Auch China konzentrierte sich in den 1990er Jahren darauf, Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Staaten aufzubauen. Allerdings vergaß Peking auch die Vergangenheit nicht und versuchte

im nächsten Jahrzehnt, alte Beziehungen wieder aufzunehmen. Die polnische Transformation weckte Chinas Interesse, aber es sah in Polen auch eine Quelle für relativ kostengünstige und gute Technologien, die leichter in die chinesische Wirtschaft eingeführt werden konnten als die westlichen Pendants. Es ist schwer zu beurteilen, ob in dieser Zeit in China irgendwelche Konzepte entstanden, aus dem Wiederaufbau der Beziehungen zu Polen breiteren politischen und geopolitischen Nutzen zu ziehen. Dennoch muss Peking mit Polen ernsthafte Hoffnungen verbunden haben, denn es drückte sogar bei der Gründung und den Aktivitäten der Polnischen Parlamentariergruppe für Tibet ein Auge zu.

In Polen trat ein größeres Interesse an China erst im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen in Peking im Jahr 2008 und der Expo in Schanghai zwei Jahre später auf. Dies schlug sich allerdings keineswegs auf die Ausbildung einer kohärenten Politik gegenüber China nieder, anders als beispielsweise in Ungarn. Die im Dezember 2011 vereinbarte strategische Partnerschaft zwischen Polen und China hatte einen allgemeinen Charakter. Bereits im April 2012 besuchte Ministerpräsident Wen Jiabao Polen und nahm dabei auch am Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs Ostmitteleuropas teil, auf dem die 16+1-Gruppe ins Leben gerufen wurde.

Es schien, als nähmen die polnisch-chinesischen Beziehungen an Fahrt auf. Ein Jahr später trat Polen der *Belt and Road Initiative* bei. Kurz danach wurde es eines der Gründungsmitglieder der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) und stellte den Vizepräsidenten. Im Jahr 2016 wurden während des Besuchs des Staats- und Parteichefs Xi Jinping in Polen die bilateralen Beziehungen in den Rang einer »allseitigen strategischen Partnerschaft« erhoben. Die polnisch-chinesischen Beziehungen hatten einen Schein-Gipfel erreicht, nach dem nichts mehr kam.

Die Neue Seidenstraße

Die Bekanntgabe der *BRI* bewirkte, dass sich die polnischen Medien an der Vorstellung von Polen als Zentrum berauschten, als Transportmittelpunkt, der Europa mit China verbindet. Bis heute sind einige wesentliche Tatsachen nicht in das allgemeine Bewusstsein vorgedrungen. Kaum jemand ist sich dessen bewusst, dass die polnischen Bahnstationen nicht die europäischen End- bzw. Ausgangsstationen für die Verbindung mit China sein sollen, sondern es sind die Staaten Westeuropas, die als Zielpunkte der *BRI* gemeint sind. Auch wird die Tatsache übergangen, dass sich beispielsweise die Türkei und Russland ebenso gern zuschreiben, der wichtigste Ort an der Neuen Seidenstraße zu sein.

Der Enthusiasmus verhüllte auch eine andere unangenehme Wahrheit: Die Eisenbahn übernimmt nur einen Bruchteil des Warentransportes zwischen Europa und China und bleibt sogar hinter der Luftfracht zurück. Den unangefochtenen Sieg trägt der Schiffstransport davon, der zirka 90 Prozent der Warenbeförderung übernimmt. Die von einigen Kommentatoren prognostizierten Chancen, dass sich die Rolle der Eisenbahn auf Kosten des Schiffsverkehrs vergrößern könnte, sind marginal. Hinzu kommt, dass unterschiedlichen Schätzungen zufolge jeder einzelne Güterzugcontainer, der nach Europa geschickt wird, von der chinesischen Regierung mit einer Summe in Höhe von 1.000 bis sogar 7.000 US-Dollar subventioniert wird. In den Jahren 2011 bis 2016 konnten die Subventionen 300 Mio. US-Dollar überschreiten. Die Prognosen für die Jahre 2018 bis 2027 besagten, dass die chinesischen zentralen und regionalen Behörden für diesen Zweck 546 bis 927 Mio. Dollar vorgesehen haben. Dies ist allerdings nicht viel gegenüber den allein für das Jahr 2018 geplanten Investitionen in die chinesische Eisenbahninfrastruktur in Höhe von 113 Mrd. Dollar. Ebenfalls unbedeutend ist die Zahl angesichts der Mittel, die in die gesamte Neue Seidenstraße investiert werden sollen – eine Summe zwischen einer und vier Bio. US-Dollar. Allerdings ist auch festzuhalten, dass China im Herbst 2018 die Einstellung der Subventionen verkündete, was sicherlich einen starken Einfluss auf die Entwicklung der Eisenbahnverbindungen mit Europa haben wird. Offenkundig überstiegen die Zuwendungen die Gewinne.

Hinzu kam im August noch ein Skandal, als zutage trat, dass auch leere Container nach Europa geschickt werden. Bisher war die Rückkehr leerer Eisenbahnwaggons nach China ein bekanntes Problem. Nun hat sich gezeigt, dass es sich für die chinesische Eisenbahn aufgrund der Regierungssubventionen auch bezahlt machte, leere Waggons gen Westen zu schicken. Im extremsten Fall befand sich unter 42 Waggons nur ein beladener.

Hingewiesen werden soll noch auf einen weiteren Aspekt: Patrycja Pendrakowska¹ unterscheidet zwischen fünf Bereichen der polnisch-chinesischen Beziehungen: den bilateralen Beziehungen, den 16(17)+1-Beziehungen, den Beziehungen zwischen China und Polen als EU-Mitgliedsland, den Beziehungen im Rahmen der Neuen Seidenstraße und schließlich den Beziehungen mit China im Rahmen der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn). Alle Ebenen verschränken und ergänzen sich gegenseitig, aber die tiefere Ana-

lyse ergab, dass die *Belt and Road Initiative* am wenigsten wichtig ist.

Unterschiedliche Wahrnehmung, unterschiedliche Erwartungen

Trotz des sichtbaren Interesses auf beiden Seiten sind die polnisch-chinesischen Beziehungen seit Jahren nicht imstande, aus der Sphäre der Pläne, Wunschträume und Absichtserklärungen herauszutreten. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Mit Blick auf die letzten Jahre war die wichtigste Ursache der immense Unterschied zwischen den wirtschaftlichen Potentialen. Dies deckt sich mit dem Problem des polnischen Handelsdefizits gegenüber China. Im Jahr 2015 war Polen für knapp ein Drittel des Handels zwischen China und den genannten 16 Staaten verantwortlich, aber der bilaterale Austausch erreichte nur einen Wert von knapp 24,6 Mrd. US-Dollar, wobei 22,6 Mrd. den polnischen Import aus China ausmachten. In den Folgejahren wuchs der Handelsaustausch, aber trotz zahlreicher Initiativen der Regierung, den Export nach China anzukurbeln, stieg allein das polnische Defizit. Nach den Daten des polnischen Statistischen Hauptamtes (*Główny Urząd Statystyczny – GUS*) betrug im Jahr 2018 die beiderseitige Handelsbilanz 30,97 Mrd. US-Dollar, aber der polnische Export erreichte nur knapp 2,5 Mrd.

Das Problem des Handelsdefizits mit China ist ein globales Problem, allerdings muss in diesem Fall an ein strukturelles Problem erinnert werden. Polen hat es noch nicht zu großen transnationalen Konzernen gebracht, die in der Lage wären, auf dem chinesischen Markt erfolgreich tätig zu sein. Die polnischen Firmen sind sehr häufig schlicht und einfach nicht in der Lage, das Ausmaß der Bestellungen der chinesischen Vertragspartner zu bewältigen, unabhängig davon, ob es um Lebensmittel oder Kosmetika geht, die am häufigsten in den Medienberichten genannt werden. Unbeachtet bleibt dabei, dass die Waren, die Polen hauptsächlich nach China exportiert, Kupfer, Maschinen und Chemikalien sind.

Auch vor dem Hintergrund der Europäischen Union ist die Situation weit entfernt von dem Bild, das die Medien zeichnen. Im Jahr 2017 betrug der gesamte Handel der EU mit China 514 Mrd. US-Dollar, in den betreffenden 16 Staaten aber nur knapp 58 Mrd. Nach Daten von Eurostat wurde China für Polen, Tschechien und Ungarn ein wichtigerer Handelspartner als Italien oder Frankreich. Trotzdem ist für alle 16(17)+1-Staaten Deutschland der Haupthandelspartner und wird es sicherlich auch noch lange bleiben. Noch interessanter ist die Tatsache, dass sich der Handel zwischen Ostmitteleuropa und China in den Jahren 2009 bis 2012 am dynamischsten entwickelte. Er stieg von 32 auf 52 Mrd. Dollar. In dieser Zeit wur-

1 Patrycja Pendrakowska (2018) Poland's perspective on the Belt and Road Initiative, *Journal of Contemporary East Asia Studies*, 7:2, 190–206, DOI: 10.1080/24761028.2018.1552491

den ambitionierte Ankündigen laut, bis zum Jahr 2016 100 Mrd. erreichen zu wollen.

Ähnlich verhält es sich mit den chinesischen Direktinvestitionen. Nach Angaben der *Rhodium Group* investierte China in den Jahren 2000 bis 2016 am stärksten in Großbritannien, und zwar mehr als 28 Mrd. US-Dollar. Auf dem zweiten Platz befand sich Deutschland mit Investitionen in Höhe von 22,37 Mrd. US-Dollar. Auf den nächsten Plätzen folgten Italien (15 Mrd. US-Dollar), Frankreich (13,6 Mrd. US-Dollar) und Finnland (8,14 Mrd. US-Dollar). In Ostmitteleuropa konzentrierten sich die chinesischen Investitionen auf die Staaten der Visegrád-Gruppe und Bulgarien. Ungarn war mit knapp 2,5 Mrd. US-Dollar am erfolgreichsten. Polen erhielt etwas mehr als eine Milliarde US-Dollar chinesischen Kapitals. Der amerikanische Think Tank *CSIS* schätzt die Gesamtheit der chinesischen Investitionen in den Staaten der Gruppe 16+1 zwischen 2012 und 2017 auf zirka 15 Mrd. US-Dollar, wobei sechs bis acht Mrd. auf das Jahr 2016 entfallen. Deutlich sichtbar wird hier die Beschleunigung, wobei sich die wirtschaftlichen Interessen des Reiches der Mitte immer noch auf Westeuropa konzentrieren.

Allerdings sind sogar in der Frage der Investitionen unterschiedliche Erwartungen auf polnischer und chinesischer Seite sichtbar. Die Polen erwarten langfristige Investitionen »auf der grünen Wiese«, die Chinesen sind stärker an Infrastruktur interessiert. Allerdings können die chinesischen Projekte auf diesem Feld schwerlich mit den EU-Programmen konkurrieren. Ein anderer Fehler auf chinesischer Seite ist die Erwartung, dass sich die Art und Weise, wie mit Südasien und Afrika Geschäfte gemacht werden, auch in Ostmitteleuropa bewährt.

Auch die Wahrnehmung des Formates 16(17)+1 ist unterschiedlich und mit Missverständnissen behaftet. Mit Sicherheit ist dies keinerlei Alternative zur Europäischen Union, wie einst der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán suggerierte. Zudem hat er selbst kurz darauf bemerkt, dass sich die Interessen Budapests und Peking nicht unbedingt decken müssen. Es handelt sich auch nicht um ein Sprungbrett zur Umsetzung der geopolitischen Ambitionen Polens, wie es manche polnischen Politiker und politischen Beobachter gern hätten. Da es den Staaten Ostmitteleuropas an kohärenten Zielen fehlt, kann man auch nicht von einem Trojanischen Pferd Chinas in der EU sprechen.

Die Gruppe der 16(17)+1 selbst ist eine außergewöhnlich untypische Initiative der chinesischen Außenpolitik, da sie die bilateralen Beziehungen auf ein multilaterales Format überträgt. Es scheint, dass China schlicht und einfach beschlossen hat, die Mehrheit der zwischen Deutschland und Russland gelegenen Staaten in einem Format zusammenzubringen und zu schauen,

was sich daraus ergibt. Dafür spricht die Aufnahme Griechenlands, der Vorschlag, Österreich hinzuzunehmen, und das Angebot des Beobachterstatus an Deutschland. Allein Letzteres rief an der Weichsel eine Reaktion hervor. Ähnlich wie Frankreich, Großbritannien oder Italien zeigte Deutschland wiederholt, dass, entgegen hochtrabender Erklärungen, die Ankündigung einer gemeinsamen Politik hinter die eigenen Interessen zurücktritt. Die Möglichkeit Peking, die Staaten Westeuropas gegeneinander auszuspielen, ist ein viel gefährlicheres Instrument als ein unbeständiger Block der Staaten Ostmitteleuropas.

Zu bedenken ist außerdem, dass China eine völlig andere Einschätzung der 16(17)+1-Gruppe vertritt. Nach Chen Xin, Direktor des *China-CEE Institute* in Budapest, handelt es sich nicht um eine weitere Hilfsorganisation wie zum Beispiel der Internationale Währungsfonds (IWF). Es ist auch kein geopolitisches Projekt oder ein Versuch, eine kleinere Version der EU aufzubauen. Es soll vielmehr ein Versuch sein, ein nicht institutionalisiertes Forum der Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlichen Interessen sowie der gegenseitigen Kontakte aufzubauen.

Die strategische Dimension

Die strategische Perspektive der Neuen Seidenstraße wird in Polen durch die lokale Perspektive und die damit verbundenen unerfüllten Hoffnungen an den Rand gedrängt. Ein Teil der Entscheidungsträger ist sich der größeren Bedeutung der chinesischen Initiative bewusst, allerdings beschränkt sich der geopolitische Diskurs allein auf die strategische Lage Polens, auf dem kürzesten Abschnitt des Landweges zwischen China und Europa zu liegen. Der kürzeste Weg bedeutet aber nicht unbedingt der beste, allerdings wird, wie bereits erwähnt, kaum über die Maritime Seidenstraße gesprochen. Noch wichtiger ist, dass bisher von keiner polnischen Regierung ein Konsens erarbeitet wurde, wie mit der *Belt and Road Initiative* umgegangen werden soll. Die Stellungnahmen umfassen eine Skala von positiven Einschätzungen der Wirtschaftsinitiative bis hin zu Warnungen vor einer chinesischen Expansion.

Ein großes Problem ist außerdem das Fehlen einer kohärenten Strategie gegenüber China und den von China geschaffenen Herausforderungen. Die unterschiedlichen Erwartungen und enttäuschten Hoffnungen führten nach der ersten Phase der Faszination zu einer Abkühlung des Enthusiasmus gegenüber der Neuen Seidenstraße. Hinzu kommt die Entscheidung Polens für die Rolle des fast bedingungslosen Verbündeten der Vereinigten Staaten. Infolgedessen, so sah es die Nachrichtenagentur Reuters, befindet sich Polen

an der Front des US-amerikanisch-chinesischen Kalten Krieges.²

Ein Weiteres kam hinzu, und zwar die Festnahme zweier Personen durch den polnischen Geheimdienst im Januar 2019. Es handelt sich um Weijing W., einen Angestellten von *Huawei*, dem Anbieter von Informations- und Kommunikationstechnologie, und um Piotr D., einen ehemaligen Mitarbeiter der Agentur für Innere Sicherheit (*Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego*) und zum Zeitpunkt der Festnahme Angestellter bei *Orange Polska*, einem der größten Telefonanbieter des Landes. Beiden wird Spionage für China vorgeworfen. Diese Angelegenheit fiel in die heiße Phase der US-amerikanischen Kampagne gegen den chinesischen Telekommunikationsgiganten und löste in Polen eine Diskussion über die Sicherheit der von chinesischen Firmen angebotenen Telekommunikationsinfrastruktur aus. Bedenkenswert ist die Reaktion Pekings. Warschau wurde nicht verdammt, es ist auch nicht bekannt, dass Maßnahmen gegenüber polnischen Diplomaten oder gewöhnlichen Bürgern ergriffen worden wären, was Kanada nach der Inhaftierung von Meng Wanzhou, der Finanzchefin von *Huawei*, erfahren musste. Stattdessen wurde die ganze Schuld den »verzweifelten« USA gegeben. Die Meinungen, die in den chinesischen Medien präsentiert wurden, schwankten zwischen Kritik an den USA dafür, dass sie Druck auf die Freunde Chinas ausgeübt hätten, und Vorhaltungen gegenüber Polen, dass es undankbar sei und die Chancen der bilateralen Zusammenarbeit nicht nutze.

Die polnisch-chinesischen Beziehungen traten von dem Augenblick an in eine kühle Phase. Ein Versuch, sie zu verbessern, war der Besuch des Außenministers Wang Yi in Warschau Anfang Juli. Bei dem Treffen mit dem polnischen Außenminister Jacek Czaputowicz wurden die beiderseitigen Beziehungen, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft sowie im Rahmen internationaler Organisationen, aber auch die Beziehungen zu den USA diskutiert. Es wurden keine bahnbrechenden Erklärungen abgegeben, doch Polen rang sich zu einem interessanten Schritt durch, der sich als Geste guten Willens gegenüber Peking interpretieren lässt. Während des Besuches von Minister Wang wurde Piotr D. gegen eine Kaution freigelassen. Trotz der Forderungen eines Teils der Politiker der Regierungspartei entschied sich die Regierung allerdings nicht, *Huawei* von den Ausschreibungen für den Bau der 5G-Infrastruktur auszuschließen. Ähnlich wie im Falle Deutschlands bedeutet das aber nicht, dass die chinesische Firma

eine Chance auf den Zuschlag in diesem Verfahren hat. Vielmehr verringerten sich die Chancen Chinas noch einmal, als Polen und die USA Anfang September eine Erklärung über die verstärkte Zusammenarbeit bei der Entwicklung von 5G unterzeichneten.

Minister Wang traf sich auch mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Präsident Andrzej Duda. Symptomatisch waren die Erklärungen, die später von beiden Seiten veröffentlicht wurden: auf polnischer Seite sehr lakonisch, auf chinesischer etwas ausführlicher, aber dennoch sparsam. Trotz der Treffen auf höchster Stufe ist immer noch nicht klar, ob ein Repräsentant der polnischen Regierung am 1. Oktober an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Volksrepublik China teilnehmen wird. Das Jubiläum wird zwei Wochen vor den Parlamentswahlen in Polen begangen. Es ist schwer vorstellbar, dass sich die Vertreter der Regierung in den letzten Tagen des Wahlkampfes über eine Tour nach Peking Gedanken machen würden. Mitspielen könnte hier auch eine potentielle negative Reaktion der öffentlichen Meinung in Polen auf einen solchen Schritt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Berichterstattung über China nicht mehr die beste ist. Es sei daran erinnert, dass im Jahr 2013 die damalige Sejm-Marschallin Ewa Kopacz für ihren Besuch in Peking am Jahrestag des Massakers auf dem Tiananmen-Platz und der ersten halbfreien Wahlen in Polen scharf von den Medien sowohl des linken als auch des rechten politischen Spektrums kritisiert worden war.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die polnisch-chinesischen Beziehungen demnächst weiter abkühlen werden. Wenn Polen im Bereich der Sicherheit auch auf die USA setzt, so hat doch im Bereich der Wirtschaft die Europäische Union eine viel größere Bedeutung, insbesondere Deutschland. Hinzu kommt, dass für einen Teil der Politiker der Regierungspartei die von den USA im Februar dieses Jahres in Warschau organisierte Nahost-Konferenz zur Lage im Iran eine kalte Dusche war. Die Art und Weise, wie die Amerikaner die Gastgeber behandelt haben, bewirkte, dass man sich nach einer Alternative für das bedingungslose Bündnis mit Washington umzuschauen beginnt. Eine Alternative ist natürlich die Europäische Union, die ebenfalls ein größeres Durchsetzungsvermögen gegenüber China an den Tag legt.

Die Expansion des chinesischen Kapitals und der Kauf lokaler Unternehmen ließen in vielen europäischen Hauptstädten die Alarmglocken schrillen. Besonders deutlich zeigt sich dies in Deutschland, wo bereits seit einiger Zeit vom »Niedergang der besonderen Beziehungen zu China« die Rede ist. Äußerst symptomatisch ist die Anfang 2019 publizierte Strategie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gegenüber China, in der die chinesischen Unternehmen als sowohl Partner

2 Kacper Pempel (2019), How Poland became a front in the cold war between the U.S. and China, <https://www.reuters.com/investigates/special-report/huawei-poland-spying/>

als auch Konkurrenten beurteilt wurden und die Regierung aufgerufen wurde, die Interessen der deutschen Firmen besser zu schützen. Berlin sucht in der Tat ein neues Modell für die Beziehungen zu China, während sich die chinesischen Unternehmen gegenwärtig einer umfassenden Handlungsfreiheit auf dem gemeinsamen europäischen Markt erfreuen, wohingegen die europäischen Firmen in China zahlreichen Beschränkungen unterliegen und praktisch schutzlos gegenüber Technologiediebstahl sind. Damit aber Veränderungen wirksam sind, müssen sie als Politik der EU umgesetzt werden.

Einige Tage vor dem Besuch von Minister Wang Yi in Warschau erschien in der Tageszeitung »Die Welt« ein sehr interessanter Artikel, der ohne größeres Echo blieb. Die Wirtschaftsminister Deutschlands, Frankreichs und Polens verständigten sich über die Einführung von Vorschriften, die die Fusion europäischer Unternehmen und damit die Bildung von Multikonzernen ermöglichen sollen. Solche Giganten sollen auf dem globalen Markt effektiver mit amerikanischen und chinesischen Megakonzernen konkurrieren. Der Vorschlag ist eine Konsequenz der blockierten Fusion der Zugsparten von Siemens und Alstom durch die Europäische Kommission im Februar 2019. Es ist dies seit dem Jahr 2015 die erste derartige Zusammenarbeit zwischen Polen, Frankreich und Deutschland. In dieser Situation ist nicht auszuschließen, dass sich Warschau entscheidet, auch die Maßnahmen zur Verstärkung des *screening* chinesischer Firmen zu unterstützen, die in Europa tätig werden und investieren wollen.

Zusammenfassung – enttäuschte Hoffnungen

Adrian Brona weist darauf hin, dass China gegenüber Polen Vertrauen verloren habe.³ Es ist allerdings ernsthaft zu überlegen, inwieweit wir es nicht mit enttäuschten Hoffnungen auf beiden Seiten zu tun haben. In Polen war man der Meinung, dass allein seine geografische Lage ihm einen wichtigen Platz im Projekt der Neuen Seidenstraße garantieren würde. Es war ein Irrtum, anzunehmen, dass es deshalb keine Notwendigkeit gebe, eine komplexe China-Politik zu entwerfen, und dass sich die Investoren des Reiches der Mitte aus eigenem Antrieb in großer Zahl einstellen würden. Unbeachtet blieben die Unbestimmtheit der *Belt and Road Initiative* und die Probleme, die die chinesischen Unternehmer mit der Orientierung im europäischen Rechtssystem haben.

In China wiederum herrschte die ganze Zeit die Überzeugung, dass unabhängig von der politischen Option die Regierung in Warschau freundschaftlich eingestellt sein wird. Des Weiteren wurde der Einfluss der USA auf Polen nicht ausreichend berücksichtigt. Entgegen der Meinungen, die manchmal in den chinesischen Medien wiedergegeben werden, hat die Volksrepublik China Polen im Bereich der Sicherheit nichts anzubieten. China hat aktuell keine Möglichkeiten, seine Stärke in Ostmitteleuropa zu projizieren und, was aus polnischer Sicht noch schwerer wiegt, es unterhält enge Beziehungen zu Moskau. Moskau aber wurde von Warschau als strategische Bedrohung definiert. Schon allein diese Tatsache kühlt in Polen die Begeisterung für die Zusammenarbeit mit China ab. Im Jahr 2016 blockierte der damalige Verteidigungsminister Antoni Macierewicz den Verkauf ehemaliger Militärgelände in Łódź (Łódź) an einen chinesischen Konzern. Die Chinesen wollten das Terrain nutzen, um eine in der Nähe gelegene Eisenbahnstation auszubauen. Der Minister begründete seine Entscheidung mit Argumenten der Sicherheit. Bereits vor dem Besuch von Wang Yi im Juli sprach sich Präsident Duda dagegen aus, chinesische Investitionen in die strategische Infrastruktur Polens – Flughäfen, Häfen – zuzulassen. Zu dieser Kategorie lässt sich auch die Telekommunikationsinfrastruktur mit der besonders sensiblen Angelegenheit der 5G zählen.

Darüber hinaus kann China nach Meinung eines Teils der Militärangehörigen und Sicherheitsexperten eine indirekte Gefahr für Polen werden. Eines der diskutierten Szenarien lautet, dass Peking im Falle einer ernsthaften inneren Krise oder einer Verschärfung der Situation im Fernen Osten versuchen könnte, einen Konflikt zwischen der NATO und Russland zu provozieren, um die Aufmerksamkeit der USA abzulenken. In einer solchen Situation würde sich Polen automatisch an der Frontlinie befinden.

Trotz seiner geografischen Lage nutzt Polen die Neue Seidenstraße nicht vollständig aus. Dies ist auf das Fehlen einer komplexen Chinapolitik und auf die relative wirtschaftliche Schwäche zurückzuführen. Auf chinesischer Seite wurden die eigenen Trümpfe falsch eingeschätzt und Erwartungen nicht klar formuliert. Dies hat zur Folge, dass die *BRI* bisher vor allem ein Marketing-erfolg war. Hinzu kommt, dass sich die Interessen Chinas, aber auch Polens und der anderen ostmitteleuropäischen Staaten als nicht so konvergent erwiesen. Die Staaten der Region sind häufig nicht in der Lage, sich untereinander abzustimmen, und noch weniger mit einem fremden Staat. Um ein Bild aus der chinesischen Kriegskunst anzuführen: Der Schlag lief ins Leere. China erzielte vereinzelte sichtbare Erfolge, Stichwort Hafen in Piräus oder Initiierung des Eisen-

3 Adrian Brona (2019), Bez przełomu po wizycie Wang Yi w Warszawie, <http://pulsazji.pl/2019/07/10/po-wizycie-wang-yi-w-warszawie/>

bahnbaus Budapest – Belgrad. Doch der Enthusiasmus sinkt deutlich, obgleich sich Peking bemüht, darauf zu reagieren.

Grundsätzlich bleiben die Herausforderungen, die mit dem Hinaustreten Chinas in die Welt geschaffen wurden, außerhalb der Interessen der polnischen Politik. Im Gegensatz zu Griechenland oder Montenegro ist Polen nicht von der Schuldenfalle bedroht. Wichtige Ereignisse in Ostasien werden von den Entscheidungsträgern und der öffentlichen Meinung nicht wahrgenommen. Polen setzt auf das enge Bündnis mit den USA und die Zugehörigkeit zu den europäischen Strukturen, was bewirkt, dass niemand an der Weichsel ernsthaft

an einer Veränderung des globalen Status quo interessiert ist. Vielmehr eröffnen der Handelskrieg zwischen China und den USA und Veränderungen in der globalen Lieferkette, verbunden mit der Verlagerung der Produktion aus dem Reich der Mitte, neue Chancen für die polnische Wirtschaft. In dieser Situation hat Polen mehr zu gewinnen, wenn es in der sogenannten »freien Welt« bleibt (eine Bezeichnung, die in der amerikanischen Rhetorik ein Comeback feiert), als wenn es den nebulösen und ungewissen Vorschlägen Chinas folgen würde.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

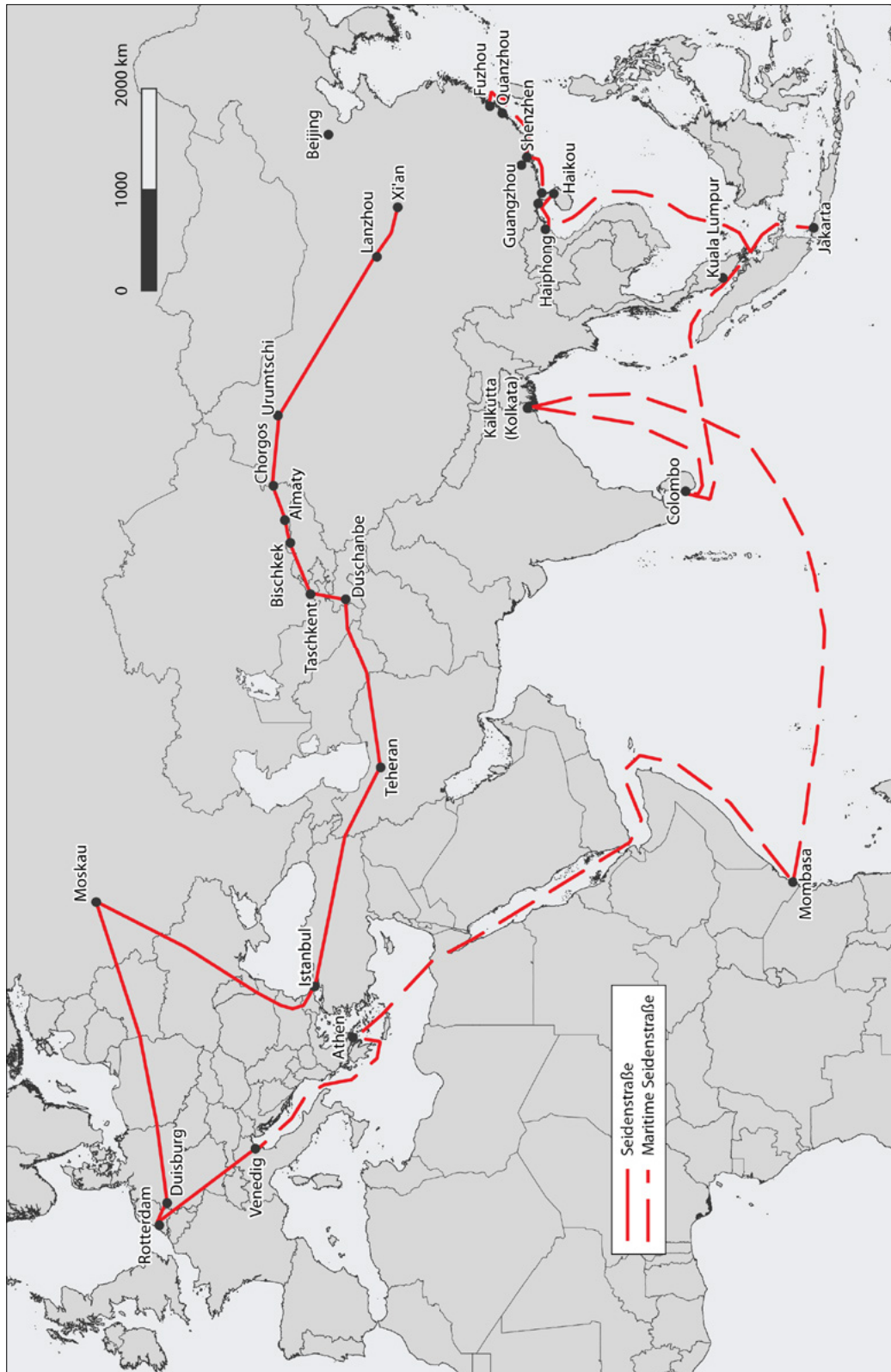
Über den Autor

Paweł Behrendt ist Verteidigungs- und Fernost-Experte (China und Japan) am Instytut Boyma, Warschau, und promoviert am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Außen- und Verteidigungspolitik Japans und Chinas, internationale Beziehungen und Sicherheit in Ostasien, Konflikte in Asien. Er ist Mitarbeiter des polnisch- und englischsprachigen *thinkzine* »Nowa Konfederacja« und stellvertretender Chefredakteur des Internetportals »konflikty.pl«. Neben zahlreichen Artikeln zur Geschichte und zu Fragen der Sicherheit in Asien sind von ihm zwei Monographien erschienen: »Chińczycy grają w Go. Napięcie w Azji rośnie« [Die Chinesen spielen Go. Die Spannung in Asien wächst; 2015] und »Korzenie niemieckich sukcesów w Azji. Daleki Wschód w polityce kolonialnej Niemiec do roku 1914« [Die Wurzeln der deutschen Erfolge in Asien. Der Ferne Osten in der Kolonialpolitik Deutschlands bis zum Jahr 1914; 2017].

KARTE

Der Verlauf der Neuen Seidenstraße

Grafik 1: Der Verlauf der Neuen Seidenstraße aus chinesischer Sicht

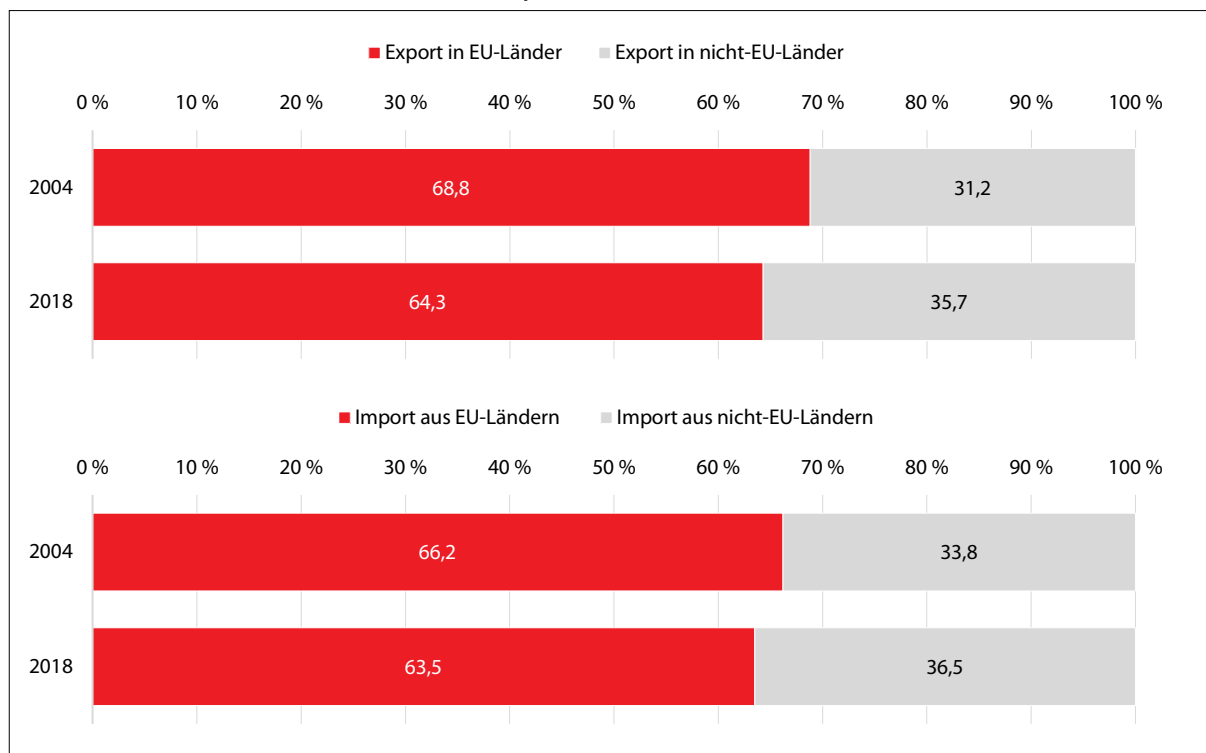


Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS, auf der Grundlage einer Landkarte, die im Januar 2017 in der Ausstellungshalle von Shenzhen (China) präsentiert wurde (https://de.wikipedia.org/wiki/One_Belt_One_Road#/media/Datei:SZ_%E6%87%B1%E5%9C%83%E5%9F%8E%E5%88%82%E8%AC%8F%E5%8A%83%B1%95%E8%BD%A6%A4%A8_Shenzhen_City_Planning_Exhibition_Hall_world_map_one_belt_one_road_Jan_2017_Lnv2.jpg); Geodaten von <https://gadm.org/data.html>, <https://tools.wmflabs.org/geohack> und <https://nominatim.openstreetmap.org/>.

STATISTIK

Polens Außenhandel

Grafik 1: Polen: Der Außenhandel mit der Europäischen Union und mit Ländern außerhalb der EU (%)



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Polska w Unii Europejskiej. Portret statystyczny [Polen in der Europäischen Union. Ein statistisches Porträt]. Warszawa 2019. S. 57. https://stat.gov.pl/download/gfx/portalinformacyjny/pl/defaultaktualnosci/5501/35/1/1/polska_w_unii_europejskiej_portret_statystyczny.pdf (abgerufen am 10.09.2019).

Tabelle 1: Polen: Die Außenhandelsbilanz nach Hauptpartnern (zu laufenden Preisen)

	Gesamtumsatz in Mio. US- Dollar	Erster Partner		Zweiter Partner		Dritter Partner	
		Land	% des Gesamt- handels	Land	% des Gesamt- handels	Land	% des Gesamt- handels
1992							
Import	15.913	Deutschland	23,9	Russland	8,5	Italien	6,9
Export	13.187	Deutschland	31,4	Niederlande	6,0	Italien	5,6
Saldo	-2.726						
2000							
Import	48.940	Deutschland	23,9	Russland	9,4	Italien	8,3
Export	31.651	Deutschland	34,9	Italien	6,3	Frankreich	5,2
Saldo	-17.289						
2010							
Import	178.063	Deutschland	21,9	Russland	10,2	China	9,4
Export	159.758	Deutschland	26,1	Frankreich	6,8	Großbritannien	6,3
Saldo	-18.305						
2015							
Import	197.682	Deutschland	22,9	China	11,6	Russland	7,3
Export	200.343	Deutschland	27,1	Großbritannien	6,7	Tschechien	6,6
Saldo	+2.661						

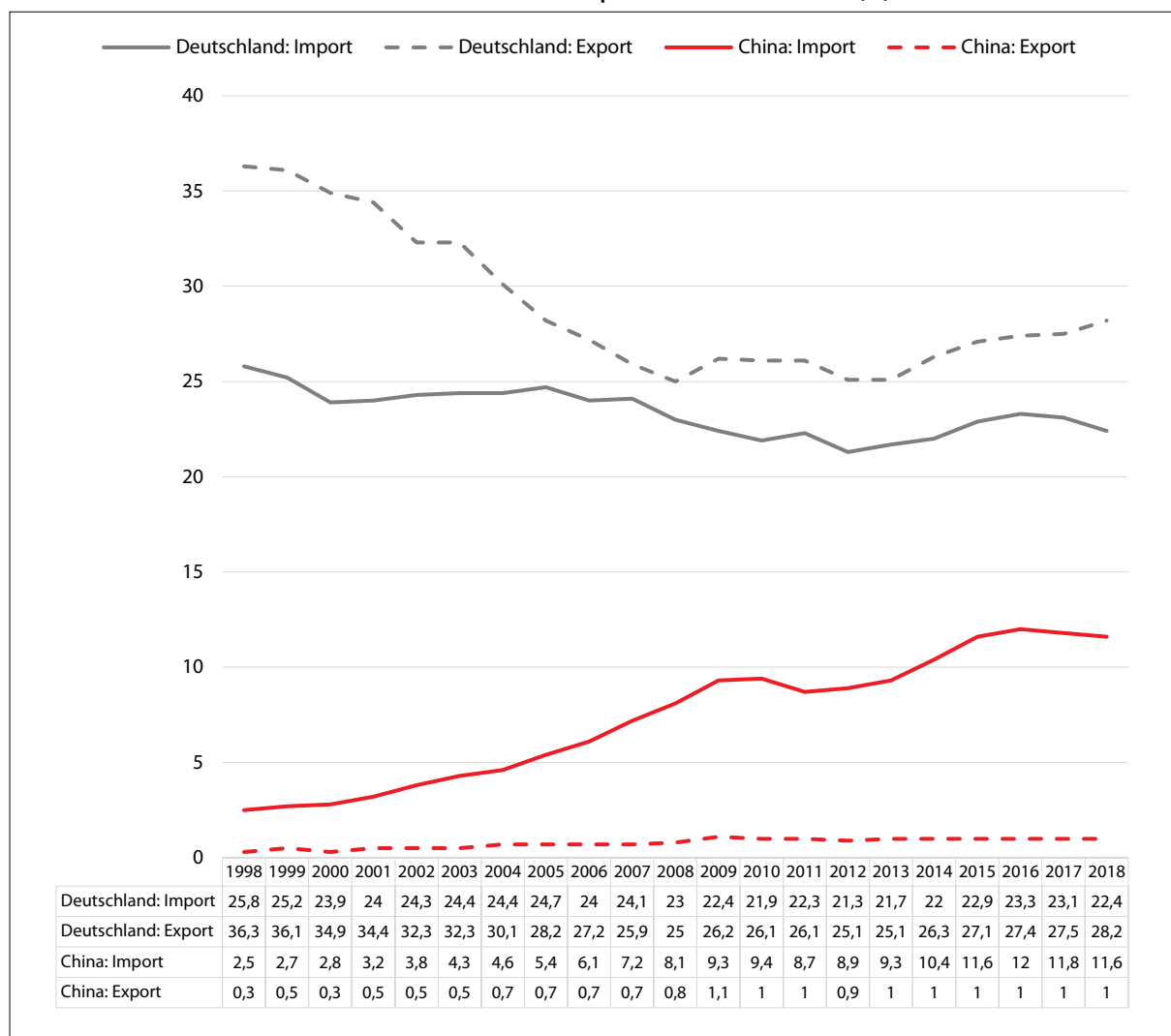
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Polen: Die Außenhandelsbilanz nach Hauptpartnern (laufende Preise) (Fortsetzung)

	Gesamtumsatz in Mio. US-Dollar	Erster Partner		Zweiter Partner		Dritter Partner	
		Land	% des Gesamt-handels	Land	% des Gesamt-handels	Land	% des Gesamt-handels
2017							
Import	231.035	Deutschland	23,1	China	11,8	Russland	6,4
Export	231.591	Deutschland	27,5	Großbritannien	6,4	Tschechien	6,4
Saldo	+556						
2018							
Import	267.700	Deutschland	22,4	China	11,6	Russland	7,4
Export	261.815	Deutschland	28,2	Tschechien	6,4	Großbritannien	6,2
Saldo	-5.885						

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Mały Rocznik Statystyczny Polski 2019 [Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 2019]. Warszawa 2019. S. 324 f. https://stat.gov.pl/download/gfx/portalinformacyjny/pl/defaultaktualnosci/5515/1/21/1/maly_rocznik_statystyczny_polski_2019.pdf (abgerufen am 10.09.2019).

Grafik 2: Polen: Der Anteil Deutschlands und Chinas am polnischen Außenhandel (%)



Anm.: 2000–2018 China ohne Hongkong, Macau, Provinz Taiwan

Zusammenstellung nach den Statistischen Jahrbüchern 1999 bis 2019 der Republik Polen des Statistischen Hauptamtes, Warschau.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej. Warszawa. <https://stat.gov.pl/> (abgerufen am 10.09.2019).

UMFRAGE

Sympathie und Antipathie gegenüber ausgewählten Nationen

Tabelle 1: Veränderungen der Sympathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen (%)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Araber	24	23	23	-	-	-	8	16	10	13
Bulgaren	37	33	38	32	31	32	26	-	-	34
Chinesen	29	31	32	27	25	27	25	37	24	31
Deutsche	39	38	43	38	39	43	37	46	30	36
Engländer	50	44	54	47	43	48	47	51	43	50
Franzosen	51	45	53	41	44	44	43	48	33	41
Italiener	52	47	55	46	48	51	49	57	44	55
Kroaten	40	36	44	37	38	39	-	46	-	47
Litauer	42	36	40	32	34	34	31	42	28	36
Rumänen	26	24	26	21	21	21	15	28	-	24
Russen	34	32	34	31	25	22	20	31	18	28
Slowaken	51	49	57	48	47	48	48	57	42	53
Tschechen	53	51	58	51	50	50	50	59	44	56
Ukrainer	34	32	32	31	34	36	27	36	24	31
Ungarn	49	46	52	42	43	44	45	54	42	53
US-Amerikaner	45	43	51	43	41	44	46	54	43	51

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 17/2019: Stosunek do innych narodów [Das Verhältnis zu anderen Nationen]. Warszawa 02/2019. www.cbos.pl

Tabelle 2: Veränderungen der Antipathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen (%)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Araber	43	42	46	-	-	-	67	59	62	65
Bulgaren	18	20	20	25	28	25	26	-	-	20
Chinesen	27	26	31	32	36	29	28	21	31	28
Deutsche	28	27	24	28	30	22	26	22	36	34
Engländer	12	16	15	15	20	15	16	16	16	15
Franzosen	10	14	13	17	18	16	18	14	24	21
Italiener	10	13	11	15	15	11	13	10	14	11
Kroaten	14	15	18	19	20	18	-	13	-	13
Litauer	15	19	23	25	27	22	27	20	25	21
Rumänen	35	40	39	41	45	43	47	35	-	40
Russen	31	34	33	39	42	50	50	38	49	43
Slowaken	11	11	10	13	15	12	13	10	14	10
Tschechen	9	12	11	13	17	14	13	10	14	11
Ukrainer	29	33	32	33	33	32	34	32	40	41
Ungarn	10	12	13	16	17	14	17	12	16	12
US-Amerikaner	16	19	16	21	21	17	17	13	14	14

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 17/2019: Stosunek do innych narodów [Das Verhältnis zu anderen Nationen]. Warszawa 02/2019. www.cbos.pl

II. Sitzung des Polnisch-Chinesischen Gemeinsamen Regierungskomitees

Gemeinsame Erklärungen [Auszug]

1. Am 8. Juli 2019 fand in Warschau die II. Sitzung des Polnisch-Chinesischen Gemeinsamen Regierungskomitees statt, dem Seine Exzellenz Herr Jacek Czaputowicz, Außenminister der Republik Polen, und Seine Exzellenz Herr Wang Yi, Staatsrat, Außenminister der Volksrepublik China, gemeinsam vorstanden.
2. Beide Seiten führten eine überblicksartige und vertiefte Diskussion über die polnisch-chinesischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die gesellschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit im Bereich der zwischenmenschlichen Kontakte. Die Minister besprachen die Zusammenarbeit zwischen den Staaten Ostmitteleuropas und China, die Beziehungen Europäische Union – China sowie internationale und regionale Fragen, die Gegenstand des gegenseitigen Interesses sind.
3. Beide Seiten bestätigten ihre Verbundenheit mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, des Multilateralismus, der Weltordnung mit der Organisation der Vereinten Nationen im Zentrum; ihre Unterstützung für die Vereinten Nationen bei der Ausübung der Hauptrolle in den internationalen Beziehungen; ihre Verbundenheit mit den Prinzipien des gegenseitigen Respektes, der wechselseitigen gewinnbringenden Zusammenarbeit sowie des Aufbaus einer offenen Weltwirtschaft, die den Multilateralismus und den freien Handel schützen und zu einer offeneren, nachhaltigeren, inklusiveren und für alle gewinnbringenderen Globalisierung beitragen.
4. Beide Seiten führten eine Durchsicht der Entwicklung der bilateralen Beziehungen seit der ersten Sitzung des Komitees im Jahr 2015 durch und stellten eine größere Anzahl von Besuchen auf hoher Ebene sowie von Dialogen in einzelnen Bereichen fest. Beide Seiten stimmten überein, dass in Anbetracht des bevorstehenden 70. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern eine weitere Verstärkung und Ausbau der beiderseitigen Beziehungen sowie der effektiven Zusammenarbeit angezeigt ist, um die polnisch-chinesische allseitige strategische Partnerschaft konsequent weiterzuentwickeln. Die Seiten unterstrichen, dass die Sitzungen des Gemeinsamen Regierungskomitees eine wichtige Rolle bei der Realisierung dieses Zieles spielen.
5. Beide Seiten stellten einen Fortschritt bei der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Ostmitteleuropas und China fest und bestätigten, dass sie sich an der Implementierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beteiligen und im Einklang mit den geltenden Normen des internationalen Rechtes und unter Berücksichtigung der landeseigenen Realien, Gesetzgebung, Regulierungen sowie der EU-Politiken zusammenarbeiten werden.
6. Beide Seiten drückten ihre Unterstützung für die weitere Implementierung der Strategischen Agenda 2020 für die Zusammenarbeit zwischen der EU und China aus sowie für die Annahme einer neuen Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der EU und China nach dem Jahr 2020. Weiter stimmten sie darin überein, dass ihre beiderseitigen Beziehungen der Vertiefung der allseitigen strategischen Partnerschaft zwischen der EU und China und ihrer zahlreichen politischen Dialoge und sektororientierten Dialoge dienen.
7. Beide Seiten werden sich für die Entwicklung von Synergien zwischen der in Polen umgesetzten Strategie einer Verantwortungsvollen Entwicklung, der Strategie der Europäischen Union für die Verbindung von Europa und Asien und der *Belt and Road Initiative* einsetzen. Die Seiten brachten ihre Unterstützung für die Fortsetzung der Zusammenarbeit im Rahmen der *Connectivity-Platform* der EU und China zum Ausdruck sowie ihre Erwartung der Implementierung bestimmter Pilotprojekte und weiterer Unterstützung der infrastrukturellen Konnektivität zwischen der EU und China sowie auch der benachbarten Staaten. Beide Seiten stimmten darin überein, die Zusammenarbeit im Rahmen der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) als deren Gründungsmitglieder fortzusetzen, indem weitere Möglichkeiten gesucht werden, gemeinsame Projekte und Investitionen zu realisieren, auch auf Drittmärkten. Die Seiten äußerten ihre Zufriedenheit über das Engagement der AIIB in Infrastrukturprojekte in den Mitgliedsstaaten der Bank außerhalb Asiens im Einklang mit der von ihr vertretenen Politik.
8. Beide Seiten wiesen auf die Bedeutung potentieller Synergien zwischen dem Transeuropäischen Transportnetz (TEN-T) und den Netzen in Asien für die Entwicklung der eurasischen Konnektivität hin.
9. Beide Seiten besprachen die Schlüsselbedeutung, die Polen bei der Entwicklung effektiver und wirtschaftlich wettbewerbsfähiger eurasischer Transportkorridore hat. In diesem Zusammenhang vereinbarten die Seiten die Verstärkung der Zusammenarbeit und die Suche nach Möglichkeiten der Ausführung von Dienstleistungen für die Bedienung des wachsenden Volumens des wechselseitigen Warenverkehrs und der Anzahl der Eisenbahndepots mit dem Ziel, die bereits bestehenden sowie die potentiellen Trassen und Logistikketten zu konsolidieren. Beide Seiten vereinbarten, die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit des Warenverkehrs auf der Schiene zwischen China und Europa zu intensivieren.

10. Beide Seiten verzeichneten ebenfalls wachsende Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Bereich des Seetransportes, der Hafenentwicklung, der Binnenschifffahrt und äußerten sich zufrieden über die Tätigkeiten des Koordinationsbüros für Meeresangelegenheiten der ostmitteleuropäischen Länder und Chinas. Beide Seiten vereinbarten, die Zusammenarbeit hinsichtlich der Kompetenzen im Bereich des Seetransportes und der Meeresangelegenheiten weiterzuentwickeln.
11. Beide Seiten wiesen auf den wachsenden Flugverkehr zwischen Europa und Asien hin und sprachen sich für die Unterstützung der Aktivitäten bestimmter Fluglinien für den Ausbau der direkten Flugverbindungen zwischen Polen und China aus. In diesem Zusammenhang diskutierten die Seiten laufende und zukünftige Infrastrukturprojekte.
12. Beide Seiten stimmten darin überein, dass die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Postdienste, die im Jahr 2017 formalisiert wurde, ein wesentliches Potential für die weitere Entwicklung des elektronischen Handels birgt. Beide Seiten werden ihre Postanbieter ermuntern, die Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden elektronischen Handel auszuweiten, u. a. durch den Ausbau der Liefernetze, die Verstärkung der Dienstleistungen sowie durch die Entwicklung neuer Produkte.
13. Beide Seiten beschlossen die weitere Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ziel einer dauerhaften, ausgewogeneren Partnerschaft. Die Seiten vereinbarten die vollständige Ausnutzung aller bestehenden Mechanismen der Zusammenarbeit.
14. Beide Seiten werden gemeinsam für die Förderung wechselseitiger Investitionen tätig sowie für den ausgewogenen bilateralen Handel, insbesondere durch Unterstützung für die Reduzierung außertariflicher Barrieren, in Übereinstimmung mit den entsprechenden Regulierungen sowie rechtlichen Bedingungen und auf der Basis des Prinzips der Chancengleichheit für die Unternehmer beider Seiten. Die Seiten werden die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Seiten im Bereich des elektronischen Handels unterstützen und neue Ansätze in der Zusammenarbeit auf dem Feld der Wirtschaft und des Handels suchen. Die Seiten stimmten darin überein, dass kleine und mittlere Unternehmen eine wichtige Rolle für die wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung spielen und daher die weitere Verstärkung der praktischen Zusammenarbeit zwischen diesen Unternehmen in Polen und China wichtig ist. Beide Seiten vereinbarten, die bestehenden Mechanismen der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene zu nutzen, um die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen Polen und einzelnen chinesischen Provinzen und Städten zu stärken.
15. Beide Seiten sind daran interessiert, die Erweiterung des Handels mit Ernährungs- und Agrarprodukten zu fördern und werden Aktivitäten mit dem Ziel unternehmen, den bilateralen Dialog über veterinäre und Pflanzenschutzangelegenheiten sowie auch im Bereich der Lebensmittelsicherheit zu vertiefen. Insbesondere vereinbarten die Seiten, die Zusammenarbeit zugunsten einer erleichterten Registrierung von Betrieben der Geflügelfleischproduktion in Polen zu verstärken. Die Seiten stellten die Rolle und die Erfolge des Polnisch-Chinesischen Zentrums für Landwirtschaftliche Forschung und Technologie bei der Förderung des Austausches sowie der Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Forschungsinstituten aus Polen und China fest. Die Seiten einigten sich darauf, das Zentrum für die weitere Zusammenarbeit im Bereich der landwirtschaftlichen Forschung und Technologie umfassend zu nutzen.
16. Beide Seiten unterstützen die Polnische Agentur für Investitionen und Handel, den Chinesischen Rat für die Förderung des Internationalen Handels, andere Agenturen zur Förderung von Handel und Investitionen sowie Business-Institutionen und -Organisationen, damit sie eine größere Rolle bei der Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und des Handels zwischen beiden Staaten spielen, u. a. mittels zielgerichteter Maßnahmen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Die Seiten werden die Business-Community beider Staaten zu engerer Zusammenarbeit im Bereich kommerzieller juristischer Dienstleistungen, Austausch von Delegationen, Informationen und Untersuchungen u. ä. ermuntern. Die Seiten werden die bestehenden Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden ausschöpfen, mit dem Ziel, nutzbringende Plattformen für die Unternehmen beider Staaten zu gewährleisten.
17. Beide Seiten werden den schnellstmöglichen Abschluss der Verhandlungen über den ambitionierten Umfassenden Investitionsvertrag zwischen der EU und China unterstützen, der die oberste Priorität und das Schlüsselprojekt für die Einsetzung und Festigung eines besseren Marktzuganges sowie für ein offenes, vorhersagbares, faires und transparentes Businessmilieu für die Investoren beider Seiten ist.
18. Beide Seiten bestätigen ihre Verpflichtung, sich für die Reformierung der Welthandelsorganisation zu engagieren, mit dem Ziel, die Aufrechterhaltung ihrer Rolle zu gewährleisten und ihr zu ermöglichen, die Herausforderungen für den globalen Handel zu bewältigen.

19. Beide Seiten äußern ihre Zufriedenheit über die fortlaufende Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen ihren Zollbehörden. Die Seiten drücken ihre Hoffnung auf die Fortsetzung der Diskussionen in diesem Bereich während des III. Treffens der Hohen Vertreter der Zollbehörden Ostmitteleuropa – China in Polen (22.–24. Oktober 2019) aus. [...]

Quelle: <https://www.gov.pl/attachment/55724505-10ae-495a-8203-2b391aea13c9> (abgerufen am 10.09.2019)

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

CHRONIK

3. – 16. September 2019

03.09.2019	Grzegorz Schetyna, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), gibt bekannt, dass die stellvertretende Sejmarschallin Małgorzata Kidawa-Błońska (PO) die Kandidatin des Wahlbündnisses Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) für das Amt der Ministerpräsidentin ist. Die Parlamentswahlen finden am 13. Oktober statt.
03.09.2019	In Kielce beginnt die »Internationale Messe der Rüstungsindustrie«. In seiner Eröffnungsrede sagt Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, das Entwicklungsprogramm der polnischen Armee umfasst bis zum Jahr 2026 den bisher höchsten Wert von 185 Mrd. Złoty. Es beruhe neben der Ausrüstung mit modernster Technik auf der Erhöhung des Personalbestands und auf dem engen Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Bei der Unterzeichnung neuer Rüstungsverträge sagt Błaszczak, es sei besonders wichtig, dass die Ausrüstung für die polnische Armee in polnischen Rüstungsbetrieben hergestellt werde.
04.09.2019	Włodzimierz Czarzasty, Parteivorsitzender der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), die das Wahlkomitee Die Linke (Lewica) bei den Parlamentswahlen im Oktober anführt, gibt bekannt, dass 920 Kandidaten für Die Linke bei den Wahlen antreten. Außer der SLD gehören die Parteien Frühling (Wiosna) und Gemeinsam (Razem) dazu.
05.09.2019	In Krynica Zdrój endet das dreitägige »Wirtschaftsforum«, das zum 29. Mal stattfindet und an dem ca. 4.000 Akteure aus den Bereichen Politik und Wirtschaft vor allem der Länder Ostmitteleuropas teilnehmen.
06.09.2019	In Warschau stellt das Wahlbündnis Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska) sein Programm für die Parlamentswahlen im Oktober vor. Es steht unter dem Motto »Das Morgen kann besser werden« (Jutro może być lepsze).
07.09.2019	Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), sagt auf einer Wahlkampfveranstaltung in Lublin, das Ziel der PiS sei es, eine polnische Version des Wohlfahrtsstaates aufzubauen. U. a. kündigt er an, dass Ende des Jahres 2020 der Mindestlohn 3.000 Złoty betragen soll und 4.000 Złoty am Ende des Jahres 2023. Zurzeit beträgt er 2.250 Złoty.
08.09.2019	In einer Stellungnahme auf Twitter verurteilt das Außenministerium entschieden den Vorfall vom Vortag, als in den frühen Morgenstunden in Warschau Studenten aus Israel von Arabisch sprechenden Angreifern zusammengeschlagen worden sein sollen. Die Polizei habe die Ermittlungen aufgenommen.
09.09.2019	Małgorzata Kidawa-Błońska (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), Kandidatin des Wahlbündnisses Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) für das Amt der Ministerpräsidentin, spricht sich in einem Fernsehinterview für die schnellstmögliche rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften aus. Über die Möglichkeit, dass gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren können, müsse jedoch noch eine lange Diskussion geführt werden, da die Zeit für eine Entscheidung noch nicht gekommen sei.

10.09.2019	In Brüssel stellt Ursula von der Leyen, designierte Präsidentin der Europäischen Kommission, offiziell die Kandidaten für die Posten der EU-Kommissare vor. Janusz Wojciechowski, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments und Mitglied des Europäischen Rechnungshofes, kandidiert für das Amt des EU-Landwirtschaftskommissars. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki unterstreicht, dass damit eines der wichtigsten Ressorts in der Europäischen Union von Polen besetzt werden soll. Landwirtschaftsminister Jan Krzysztof Ardowski sieht darin eine große Anerkennung für die polnische Landwirtschaft. Medienberichten zufolge prüft das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) zurzeit den Vorwurf der Unregelmäßigkeiten bei Reisekostenabrechnungen von Wojciechowski.
11.09.2019	Sejmarschallin Elżbieta Witek teilt mit, dass der Sejm nach seiner Sitzung am selben Tag eine Pause einlegen und erst wieder nach den Parlamentswahlen am 13. Oktober die begonnene und auf insgesamt drei Tage anberaumte Sitzung fortsetzen werde. Es handele sich dabei lediglich um eine Unterbrechung und daher Wiederaufnahme derselben Parlamentsitzung durch den alten Sejm. Das Vorgehen habe das Sejmpräsidium am Vorabend beschlossen und mit dem kurzen, aktuell stattfindenden Wahlkampf begründet. Gegen Befürchtungen vonseiten der Opposition versichert Witek, die bestehende Tagesordnung werde bei der Wiederaufnahme der Beratungen nicht verändert.
11.09.2019	Der Sejm lehnt den Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro mit 240 Stimmen bei 174 Ja-Stimmen und sieben Enthaltungen ab. Den Antrag hatte die Bürgerplattform – Bürgerkoalition (Platforma Obywatelska – PO/Koalicja Obywatelska – KO) eingebracht. Anlass waren Medienberichte im August, nach denen der inzwischen zurückgetretene Vizejustizminister Łukasz Piebiak und weitere Mitarbeiter im Justizministerium Verleumdungen von Richtern im Internet organisiert haben sollen. Es handelte sich dabei um Richter, die die Justizreform der Regierung kritisierten.
12.09.2019	Die Bürgerplattform – Bürgerkoalition (Platforma Obywatelska – PO/Koalicja Obywatelska – KO) stellt den Antrag, dass die auf Beschluss des Sejmpräsidiums unterbrochene Sejmsitzung binnen zehn Tagen wieder aufgenommen wird und nicht, wie der Beschluss vorsieht, erst am 15. und 16. Oktober, das ist nach den Parlamentswahlen. Die Opposition befürchtet, dass die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in der beschlossenen Parlamentspause Gesetzesentwürfe vorbereiten und dem Sejm kurzfristig vorlegen wird.
13.09.2019	Die Staatsanwaltschaft des Bezirks Białystok-Süd teilt mit, dass dem Gericht die erste Anklageschrift im Zusammenhang mit den gewaltsamen Ausschreitungen gegen Teilnehmende des »Marsches der Gleichheit« der LGBT-Bewegung und gegen Polizisten am 20. Juli in Białystok vorgelegt wurde. Zurzeit würden Ermittlungen in über 30 Fällen durchgeführt.
14.09.2019	In Stettin (Szczecin) findet ein »Marsch der Gleichheit« der LGBT-Bewegung statt, an dem nach Angaben der Organisatoren 6.000 bis 8.000 Personen teilnehmen. Zu einer Gegendemonstration rechter Gruppierungen kommen ca. 50 Personen. Es werden keine größeren Störungen des »Marsches der Gleichheit« verzeichnet.
16.09.2019	Maciej Mitera, Pressesprecher des Landesjustizrates (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS), teilt mit, dass das Mitglied des KRS Jarosław Dudzicz erklärt habe, sein Amt als stellvertretender Pressesprecher des KRS ruhen zu lassen. Es gebe jedoch keine rechtlichen Möglichkeiten, Dudzicz aus dem KRS abzurufen, so Mitera. Hintergrund sind Vorwürfe, Dudzicz habe im August 2015 unter einem Decknamen antisemitische Kommentare im online-Forum der Tageszeitung »Dziennik Gazeta Prawna« veröffentlicht. Dudzicz weist die Anschuldigungen entschieden zurück und erwägt rechtliche Schritte zum Schutz seiner Persönlichkeitsrechte.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich), Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste

auf

www.laender-analysen.de

[@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Google Play, das Google Play-Logo und Android sind Marken von Google Inc. TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen. Der Android-Roboter wird auf der Grundlage von einem Werk wiedergegeben oder modifiziert, das von Google erstellt und geteilt und gemäß den Bedingungen der Creative Commons 3.0 Attribution-Lizenz verwendet wird.